

**Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat****Postulat Fraktion GB/JA! (Aline Trede/Judith Gasser, GB) vom 19. August 2010: Kunststoffrecycling in der Stadt Bern; Fristverlängerung**

In der Stadtratssitzung vom 27. Januar 2011 wurde mit SRB 029 das folgende Postulat der Fraktion GB/JA! erheblich erklärt:

Viele Gründe sprechen für ein Recycling von Kunststoffen, sei es das Schonen von wertvollen fossilen Ressourcen, tiefere Umweltbelastung aber auch neue Technologien, welche das maschinelle Trennen ermöglichen und somit Wirtschaftlichkeit gewährleisten. Doch wie allgemein in der Abfallpolitik, ist es wichtig, dass die Unterschiede von Privatabfall und Gewerbeabfall berücksichtigt werden, denn Sortenreinheit und Abfallmenge spielen die Hauptrolle bei Kosten-Nutzen-Analysen des Recyclings.

In Gewerbe und Industrie fallen grosse Mengen an sortenreinem Kunststoff an. Dieses Sammelgut eignet sich hervorragend fürs Recycling da die Ökobilanz und die Wirtschaftlichkeit von der Menge und der Reinheit der Sammelfraktion abhängt. Das Potenzial des in gewerblichen und industriellen Verfahren anfallenden Abfalls wurde bereits teilweise erkannt. Dies zeigen Sammelsysteme in diversen Bereichen (wie z.B. Industrie, Grossverteiler: Sammeln der Plastikeinschweissung von Ladegut; Landwirtschaft: Sammeln von Plastik von Siloballen etc.), welche sich diesen wertvollen Kunststofffraktionen annehmen. Die Kosten-Nutzen-Bilanz ist unbestritten positiv – ein Recycling also die beste Lösung. Hier ist tatsächlich ein grosses Potenzial vorhanden, das es möglichst effizient zu nutzen gilt. Deshalb sind die vorhandenen Sammelsysteme zu analysieren, um einerseits Optimierungen und Ausbau der Abläufe vorzuschlagen und andererseits mögliche Instrumente aufzuzeigen, um einer Erhöhung der Sammelquote, in unserem Fall in der Stadt Bern, zu erreichen (wie z.B. Information, übergeordnete Ansprechstelle, Koordination, Vorschriften, ....).

Bezüglich Haushaltsabfällen war bis vor kurzem die Kosten-Nutzen-Bilanz negativ. Technische Entwicklungen in den letzten Jahren ermöglichen jedoch heute das Sortieren von gemischten, verschmutzten Kunststoffverpackungen. Auf kommunaler Ebene wurden oder werden Sammlungen für Kunststoffabfälle aus Haushaltungen eingeführt oder getestet (Zug, Thun, Bern etc.). Die Stadt Bern wird aufgefordert die Daten und Erfahrungen der bernischen Versuche zu sammeln, zu analysieren und abzuklären, ob hier ein Potenzial besteht, beziehungsweise ob die Sammlung von Haushaltskunststoffen ökologisch sinnvoll wäre.

Die Stadt Bern wird beauftragt, mit anderen Gemeinden und Kantonen und dem Bund zusammen zu arbeiten.

Der Gemeinderat wird beauftragt,

1. Bezüglich Kunststoffrecycling eine Gesamtschau der Verwertungspotenziale sowie eine umfassende Kosten-Nutzen-Analyse zu erstellen.
2. Bezüglich Haushaltsabfälle bereits erfolgte kantonale und kommunale Versuche auszuwerten und eine Ökobilanz zu erstellen.

3. Bezüglich Gewerbeabfällen vorhandene Systeme auszuwerten und Optimierungsvorschläge der Recyclingvorgänge sowie Instrumente zur Erhöhung der Sammelquote aufzuzeigen.
4. Zudem soll der Gemeinderat Stellung nehmen bezüglich der heutigen Situation in der Stadt Bern: Wo steht das Recycling bei den gesammelten Kunststoffen heute, was ist für die Zukunft geplant? Was geschieht momentan mit dem gesammelten Kunststoff?

Bern, 19. August 2010

*Postulat Fraktion GB/JA! (Alinde Trede / Judith Gasser, GB), Cristina Anliker-Mansour, Rahel Ruch, Lea Bill, Christine Michel, Hasim Sancar, Stéphanie Penher.*

### **Bericht des Gemeinderats**

In seiner Antwort vom 13. Oktober 2011 zum vorliegenden Postulat hat der Gemeinderat auf die Studie Kunststoff-Verwertung Schweiz hingewiesen. Die Studie zur Erarbeitung einer Ökobilanz, welche die verschiedenen Verwertungswege für unterschiedliche Kunststoffströme im Detail prüft, wurde auf gesamtschweizerischer Ebene unter Federführung des Bundesamts für Umwelt (BAFU) und in Zusammenarbeit mit Vertretungen von Kantonen, Gemeinden, IG Detailhandel Schweiz, Kunststoffverband, Recycling und Zementindustrie sowie Kehrrichtverwertungsanlagen initiiert. Die Endresultate der Studie sind für die Beantwortung des Postulats und weiterer eingereichter Vorstösse essentiell und wurden seinerzeit frühestens per Mitte 2012 erwartet. Deshalb beantragte der Gemeinderat eine Fristverlängerung per Ende 2012, die ihm der Stadtrat mit SRB 049 vom 2. Februar 2012 gewährte.

#### *Zu Punkt 1, 2 + 3:*

Angesichts der Komplexität der Ausarbeitung der Ökobilanz hat sich der Zeitplan weiter verzögert. Erste Teilresultate liegen gemäss BAFU frühestens im Dezember 2012 vor; den konkreten Vorschlägen zum weiteren Vorgehen bei der Kunststoffsammlung widmet sich die Studie allerdings erst im 2013. Deshalb können zum jetzigen Zeitpunkt die oben genannten Punkte noch nicht beantwortet werden.

#### *Zu Punkt 4:*

Die Stadt betreibt seit 2005 auf dem ganzen Stadtgebiet unbediente Quartierentsorgungsstellen (QES). Die Sammelstellen wurden auch mit einem Behälter für vermischten Kunststoff ausgerüstet, was jedoch zu mannigfaltigen Problemen bei den QES führte. Die hohen Besucherfrequenzen strapazierten die Entleerungslogistik und die unmittelbare Nachbarschaft: Lärm, Verkehr, wilde Deponien, Abfalltourismus und das Benützen zu Unzeiten waren die Folgen. Auch wies der bei den QES entsorgte Kunststoff einen hohen Verschmutzungsgrad und eine starke Vermischung von unterschiedlichen Sorten auf, so dass das Sammelgut keiner (direkten) Wiederverwertung zugeführt werden konnte. Die Kunststoffe wurden vorsortiert und der hochwertige Teil der Kunststoffe mittels thermischer Behandlung im Rahmen eines Pilotprojekts zu Öl verarbeitet. Die nicht verwertbaren Anteile des Kunststoffs wurden als Ersatzbrennstoff eingesetzt. Die langfristige Abnahme war jedoch nicht gesichert.

Die Stadt hat deshalb beschlossen, die Kunststoffsammlung neu zu organisieren: Seit 1. Oktober 2012 werden Kunststoffe nicht mehr bei den Quartierentsorgungsstellen, sondern neu in den städtischen Entsorgungshöfen gesammelt. Kostenlos entsorgt werden können sämtliche Kunststoff-Behälter mit Deckel wie z.B. Speiseöl- und Essig-, Reinigungsmittel-, Shampoo- oder Milchflaschen. Dabei handelt es sich um wertvolle Materialien für das Kunststoff-

Recycling, welche einer (direkten) Wiederverwertung zugeführt werden können. Eine solche Hohlkörpersammlung wird ab 2013 auch im Detailhandel (Migros) realisiert.

Nicht mehr gesammelt werden die heute in den Quartierentsorgungsstellen zum Teil fälschlicherweise als Kunststoffe entsorgten Materialien wie Tetra Paks, Joghurtbecher, Gemüse-, Früchte- und Fleischschalen, Styropor und allgemeines Füll- und Verpackungsmaterial. Da diese Stoffe nicht wiederverwertbar sind, handelt es sich um reinen Hauskehricht. Diese Abfälle werden wieder über den offiziellen Gebührensack entsorgt und in der Energiezentrale Forsthaus (Kehrichtverbrennung) thermisch verwertet.

Auch wenn die Studie Kunststoff-Verwertung Schweiz des BAFU in ihrer Endfassung noch nicht vorliegt, kann doch davon ausgegangen werden, dass die Verwertungswege für Kunststoffe (mit Sortierung zu werkstofflicher Verwertung z.B. kombiniert mit Verölung und Zementwerkbrennstoff) gegenüber der Verbrennung in herkömmlichen Kehrichtverwertungsanlagen grundsätzlich ökologischer sind. Daher macht eine getrennte Kunststoffsammlung aus rein ökologischer Sicht Sinn. Mit den modernsten Verbrennungsanlagen (hoher Energiewirkungsgrad) - wozu die Energiezentrale Forsthaus gehört - werden diese Unterschiede jedoch in Zukunft geringer werden.

Aufgrund der Verzögerung der Endresultate der Studie kann der Gemeinderat den Stadtrat erst zu einem späteren Zeitpunkt umfassend über die Ergebnisse orientieren. Deshalb beantragt er dem Stadtrat eine erneute Fristverlängerung zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr bis Ende Dezember 2013.

### **Antrag**

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion GB/JA! (Aline Trede/Judith Gasser, GB): Kunststoffrecycling in der Stadt Bern; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer weiteren Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 31. Dezember 2013 zu.

Bern, 19. Dezember 2012

Der Gemeinderat